

Antrag

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Verstärkte Nutzung von IT und KI in der Berliner Justiz

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird beauftragt,

1. ein Gesprächsforum zu etablieren, das alle Akteure aus Justiz, Verwaltung und Wirtschaft zusammenführt, um einen kontinuierlichen Austausch zu fördern und neue Impulse direkt in die Praxis einfließen zu lassen,
2. die bestehende Plattform des Cyber Innovation Hubs und das Legal Tech Center weiter auszubauen und zu stärken, um innovative Ansätze zu fördern und die digitale Infrastruktur der Berliner Justiz zu verbessern.

Begründung:

Angesichts des demografischen Wandels sowie steigender Fallzahlen an den Gerichten müssen und werden auch in der Berliner Justiz die Möglichkeiten der Digitalisierung und insbesondere der Künstlichen Intelligenz nutzbar gemacht. Der Einsatz dieser Technologien ist unerlässlich, um die Berliner Justiz in Zeiten wachsender Herausforderungen leistungsfähig zu halten.

Die europäische KI-Verordnung (KI-VO) wird in naher Zukunft einen einheitlichen Rechtsrahmen für die Entwicklung und Nutzung von KI in der EU schaffen. Berlin stellt die Weichen für eine moderne und effiziente Justiz und ergreift proaktiv die erforderlichen Maßnahmen.

Die flächendeckende Einführung elektronischer Gerichts- und Verfahrensakten in der Justiz schreitet voran. Mit elektronischem Rechtsverkehr und elektronischer Aktenführung wird die Grundlage für die Hebung von Digitalisierungspotentialen, insbesondere auch die Basis für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz in Justiz und Rechtspflege, gelegt. Mit dem Rechenzentrum Justiz wird zugleich eine zeitgemäße Infrastruktur für moderne IT-Verfahren der Justiz und ein zukunftsfähiges Fundament für die Digitalisierung der Justiz geschaffen.

Der Senat muss mit einem Gesprächsforum an dem Wettbewerb um die besten Ideen für den Einsatz von IT und KI sowie zur Fortentwicklung der Digitalisierung in der Berliner Justiz partizipieren. Die dabei im Dialog mit Wirtschaft und Forschung gewonnenen Digitalisierungsideen sollen bewertet und bei Eignung in der Justiz implementiert werden.

Im Innovationszentrum LegalTech der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz werden bereits erste assistive Systeme für die Justiz identifiziert, entwickelt, getestet und bereitgestellt. Der Fokus liegt hierbei auf innovativen digitalen Lösungen, um die Kernarbeitsabläufe in Gerichten und Staatsanwaltschaften moderner und effizienter zu gestalten. Hierfür beispielhaft sind die Vorhaben DIaLOGIKa Legal Case Manager, EMIL und Codefy:

Die Software Codefy ist ein Unterstützungstool zur juristischen Aktenstrukturierung, (automatisierten) Auswertung, kontextsensitiven Recherche und modernen Zusammenarbeit innerhalb der Spruchkörper. Insbesondere bei umfangreichen Akten kann das Tool eingesetzt werden, um die Akteninhalte schnell und strukturiert zu erfassen. Codefy steht für den justiziellen Geschäftsbereich in Berlin bereits seit diesem Jahr zur Verfügung.

Zudem wird aktuell der DIaLOGIKa Legal Case Manager gemeinsam mit dem Verwaltungsgericht Berlin zur automatisierten Aktenstrukturierung in Asylsachen und mit dem Amtsgericht Lichtenberg für die automatische Erstellung von Mitteilungen in Zivilsachen getestet. Weitere Anwendungsfälle sind denkbar.

Ein wichtiges weiteres innovatives Tool ist EMIL, welches für die automatisierte Recherche Auswertung in Erkenntnismitteln für Asylsachen zu Anwendung kommen soll und von der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz unter Beteiligung des Verwaltungsgerichts Berlin gemeinsam mit dem mit Niedersächsischem Justizministerium und Dataport AöR entwickelt wird. EMIL soll nach den aktuellen Planungen 2025 einsatzbereit sein.

Diese Vorhaben im Innovationszentrum LegalTech ermöglichen es, die Digitalisierungspotenziale einer technisierten Justiz für einen starken Rechtsstaat in der digitalen Gesellschaft zu nutzen. Sie sollten weiter gemeinsam mit Akteuren aus dem Geschäftsbereich verfolgt werden, um spürbare Vorteile aus der Digitalisierung für Mitarbeitende und Justizbeteiligte zu erzielen. Um die Digitalisierungspotenziale weiter zu identifizieren und zu adressieren, sind vordergründig die Mitarbeitenden in den Gerichten und Staatsanwaltschaften berufen, welche aktuell vom Prozess der digitalen Transformation betroffen sind. Ihr Input für die Eruierung weiterer (technischer) Optimierungsmöglichkeiten durch den Einsatz moderner Arbeitsmittel und moderner IT-Systeme ist unerlässlich. Sie können wichtige Impulsgeber für neue Ideen und damit für eine innovative Berliner Justiz sein.

Berlin, 26. November 2024

Stettner Herrmann
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU

Saleh Lehmann
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD